

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, LUTHERSTR. 5, 99084 ERFURT

Architektenkammer Thüringen  
Bahnhofstraße 39  
99084 Erfurt

**Landesvorstand Thüringen**

**Astrid Rothe-Beinlich**  
Landessprecherin  
Spitzenkandidatin zur Landtagswahl  
2009

Tel: +49 (361) 576500  
Fax: +49 (361) 5765035

e-Mail: [info@gruene-thueringen.de](mailto:info@gruene-thueringen.de)  
[www.gruene-thueringen.de](http://www.gruene-thueringen.de)

Erfurt, 23. Juni 2009

**Antworten auf Ihren Wahlprüfstein**

Sehr geehrter Herr Mönning, sehr geehrter Herr Strube,

anbei schicke ich Ihnen meine Antworten auf Ihren Wahlprüfstein.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



**Astrid Rothe-Beinlich**

Landessprecherin und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl

**Bankverbindung:**

Bank: Sparkasse Mittelthüringen, Kontonummer: 130091162, Bankleitzahl: 820 51 000  
[www.gruene-thueringen.de](http://www.gruene-thueringen.de)

## **Wahlprüfstein der Architektenkammer Thüringen**

### **1. Wir fordern...**

- **ausschließlich Freie Architekten, Beratende Ingenieure und/oder Stadtplaner aufgrund ihrer Kammerzugehörigkeit mit der Ausführung öffentlicher Aufträge zu beauftragen.**
- **die getrennte Vergabe von Planung und Ausführung sowie Vergaberegeln für öffentliche Aufträge, die das wirtschaftlichste Angebot und nicht den Bieter mit dem billigsten Angebot berücksichtigen.**
- **die Anwendung der RPW 2008 für Landesbauten sowie für Verkehrsbauwerke, die die Landschaft und das Ortsbild prägen.**
- **die Konzentration landeseigener Gesellschaften auf ihre Kernaufgaben der Kontrolle (Kosten, Termine, Vorschriften) und nicht als Mitbewerber auf die Übernahme von Planungsaufgaben.**

### **Unsere Fragen an Sie...**

**Wie tritt Ihre Partei für die genannten Forderungen ein?**

**Wie kann die bestehende Benachteiligung kleinerer und mittlerer Büros bei Auftragsvergaben / VOF-Verfahren / Wettbewerbe durch mittelstandsfreundliche Regelungen abgebaut werden?**

1. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann qualitative Planung nur durch ausreichende Berufserfahrung, Qualifikation und entsprechende Hochschulbildung geschehen. Die Mitgliedschaft in der Architekten- und Ingenieurkammer ist eine Mindestvoraussetzung für den Nachweis dieser Qualifikation. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich in Thüringen dafür einsetzen, dass öffentliche Aufträge nur an Freie ArchitektInnen, Beratende IngenieurInnen und StadtplanerInnen vergeben werden, die ihre Kammerzugehörigkeit nachweisen können. ArchitektInnentätigkeit sollte auch nur von ausgebildeten ArchitektInnen mit entsprechender Hochschulbildung im Bereich Architektur und/oder Stadtplanung erfolgen.

Wettbewerbe sind für die Umsetzung hochwertiger Planungen im öffentlichen stadtprägenden Raum ein wichtiges Qualitätsmerkmal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für die Anwendung der RPW in Thüringen einsetzen. Dabei stellt gerade bei öffentlichen Gebäuden die Trennung von Planung und Ausführung einen wichtigen Qualitätsanspruch bezüglich der Einhaltung von Bauqualität, Kostenkontrolle und Transparenz dar. Die Beauftragung von günstigsten Anbietern bei Bauausführungen aufgrund der Vergabep Praxis führt aus unserer Sicht oft dazu, dass durch aggressives Nachtragsmanagement die veranschlagten und beauftragten Kosten nicht eingehalten werden, die Bauqualität leidet und die öffentlichen Haushalte nachträglich belastet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich im Rahmen der Thüringer Möglichkeiten für eine veränderte Vergabep Praxis einsetzen, die sich an dem Schweizer Modell orientiert, bei dem der billigste und der teuerste Anbieter ausgeschlossen werden.

Wettbewerbe stellen gerade für junge innovative Büros eine wichtige Möglichkeit dar, Planungsleistungen auszuführen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass bei beschränkten Wettbewerben kleinere Büros beteiligt werden. Insgesamt werden bei der Umsetzung unserer Forderung nach mehr Wettbewerben

kleinere mittelständige Büros profitieren. Bei VOF-Verfahren der öffentlichen Hand wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Nachweis gestalterischer Fähigkeiten eine höhere Gewichtung bekommt und somit auch kleinere Büros mehr Chancen haben.

## **2. Wir fordern...**

- eine Fortschreibung der Novellierung der HOAI als verbindliches Preisrecht, das den gesamten Planungsprozess und damit auch die Leistungen nach Teil X-XIII HOAI umfasst.
- eine faire, festgeschriebene Anhebung der Mindestsätze (unter Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten und Entwicklung der Inflationsrate), um Lohndumping zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern.
- eine Ausrichtung der Förderung von Selbständigen stärker auf die Belange der Freien Berufe auszurichten.

## **Unsere Fragen an Sie...**

**Wie steht Ihre Partei zur Fortschreibung der HOAI als verbindliches Preisrecht für Planungsleistungen?**

**Welche Position hat Ihre Partei zur Sicherung eines flexiblen Arbeitsmarktes im Bereich der Freien Berufe? Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die freie Mitarbeiterschaft?**

**Durch welche Programme wird Ihre Partei Selbständige fördern?**

2. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt die HOAI eine wichtige Transparenz in der Preisgestaltung dar. Wir werden uns für den Erhalt der HOI in allen Leistungsphasen insbesondere bei öffentlichen Bauten einsetzen.

Freie MitarbeiterInnen stellen einen wichtigen Bestandteil zur flexiblen Reaktion der Büros auf unterschiedliche Auftragslagen dar. Außerdem wollen wir durch eine Förderung gerade junger ArchitektInnen als freie MitarbeiterInnen zu einem flexiblen Einstieg in die Selbständigkeit verhelfen. Für eine gezielte Vorbereitung auf die Selbständigkeit sind dabei Qualifizierungsmaßnahmen unabdingbar. Um die Attraktivität der Selbständigkeit zu erhöhen, bedarf es jedoch gerade für BerufsanfängerInnen flexibler Regelungen bei Kammerbeiträgen, Haftpflichtkonditionen und Beiträgen zu den Versorgungswerken. Ein großes Hindernis stellt der Wechsel zwischen Festanstellungen und Selbständigkeit bezüglich der Gesundheitsversorgung dar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Bürgerversicherung ein, die bei allen Arbeitsformen gelten kann. Eine weitere Förderung wollen wir durch die Einführung von Mikrokrediten gerade für kleine mittelständige Unternehmen, z.B. Freier ArchitektInnen, einführen.

## **3. Wir fordern...**

- eine Neuausrichtung des Bologna-Prozesses mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildung basierend auf dem Niveau des Diplom-Ingenieurs und Internationaler Standards anzuheben.
- eine Stärkung der Ingenieurausbildung in Thüringen.

## **Unsere Fragen an Sie...**

**Welchen Qualitätsanspruch hat Ihre Partei an die Berufe „Architekt“ und „Stadtplaner“?**

**Mit welchen politischen Programmen wird Ihre Partei dafür sorgen, die Qualität der Ausbildung an den Thüringer (Fach-) Hochschulen zu steigern?**

**Welche Pläne gibt es in Ihrer Partei, die Ingenieurausbildung in Thüringen zu stärken? Wie kann ein Anreizsystem zur Aufnahme eines ingenieurwissenschaftlichen Studiums gestaltet werden?**

**Welche politischen Programme Ihrer Partei zielen auf die Förderung und den Ausbau des berufsbegleitenden Lernens?**

3. Eine Tätigkeit als ArchitektIn oder StadtplanerIn kann nur durch eine qualitative Ausbildung durch ein entsprechendes Studium der Architektur oder Stadtplanung, nachweisbare Berufserfahrung und/oder Weiterqualifikation gewährleistet werden. Das Ausbildungsniveau des Diplomingenieurs/der DiplomingenieurIn sollte dabei Mindeststandard sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen der zu beobachtenden „Verschulung“ im Bachelorbereich der ArchitektInnenausbildung kritisch gegenüber. Gerade kreative Berufe bedürfen eines stärkeren Freiraumes in der Studiengestaltung der AbsolventInnen. Zum Beispiel müsste der Betreuungsschlüssel in Seminaren massiv erhöht werden. Jedoch werden wir uns auch für eine Reform der ProfessorInnenberufung einsetzen. Dabei sollte der Lehrauftrag mit Anwesenheit für die StudentInnen im Vordergrund stehen. Interessenskonflikte mit zusätzlicher privatwirtschaftlicher Tätigkeit sind zu vermeiden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine verstärkte Frauenförderung.

Thüringer Hochschulen sind gut, haben aber auch noch jede Menge Potenzial. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen diese Potenziale 5 aktivieren und ausbauen. Das Land Thüringen hat sich im Zuge des Hochschulpaktes verpflichtet, die Zahl der Studienanfänger auf dem Niveau von 2005 zu halten. Uns geht es um mehr, wir wollen eine hochwertige Hochschullandschaft schaffen, die für Studierende aus allen Bundesländern und aus aller Welt so attraktiv ist, dass sie sich bewusst dafür entscheiden, nach Thüringen zu kommen. Der so genannte Thüringer Hochschulpakt hat Stellenstreichungen und Kürzungen ausgelöst. In der Folge hat sich das Betreuungsverhältnis verschlechtert. Seminare und Hörsäle sind häufig überfüllt und die Qualität der Lehre sinkt. Wir wollen den „Hochschulpakt“ durch einen fairen Vertrag ersetzen, der die steigenden Studierendenzahlen und die Inflationsrate auffängt. Die Kürzungspolitik des Landes hat weiterhin dazu geführt, dass Studentenbeiträge, Mensapreise und Wohnheimmieten gestiegen sind und sich die soziale Betreuung deutlich verschlechtert hat. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergeben sich hieraus eine Reihe von Konsequenzen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen ist daher klar, dass wir weder Studiengebühren noch Verwaltungsgebühren akzeptieren können. Mit uns in Verantwortung wird es diese nicht länger geben. Studium und Kinder müssen vereinbar sein. In der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird festgestellt, dass gerade einmal 9 Prozent der Studierenden ihren Kinderwunsch während des Studiums realisieren. Es gibt für studierende Eltern keine Verlängerung der Regelstudienzeit, ungeachtet ihrer besonderen Lebenssituation. Um ihre Situation zu verbessern fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erbringung von Studienleistungen analog zur Elternzeit gesetzlich zu regeln. Wir fordern eine Teilnahme der Hochschulen am Audit „Familiengerechte Hochschule“.

**4. Wir fordern...**

- eine qualifizierte Personalausstattung der Planungs- und Bauämter mit Fachleuten (Architekten, Stadtplaner, Landschaftsarchitekten), um die Kompetenz der Verwaltung zu sichern.
- im Sinne der Nachhaltigkeit den bedachten Umgang mit Fördermitteln
- eine Vereinheitlichung der Bauordnung in den Ländern.

**Unsere Fragen an Sie...**

**Wie wird Ihre Partei die fachliche Kompetenz und die Bürgernähe der öffentlichen Verwaltung stärken?**

**Wie fördert Ihre Partei das Investitionsklima und die Motivation in den Ämtern dazu?**

**Wie wird sich Ihre Partei für eine Vereinheitlichung der Bauordnung einsetzen?**

**Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer Fortschreibung der durch die Konjunkturprogramme begonnenen Infrastrukturoffensive?**

**Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer Gebietsreform?**

**4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen fachliche Kompetenz und Bürgernähe fördern. Wir unterstützen die Forderungen nach einer qualifizierten Personalausstattung der Planungs- und Bauämter mit Fachleuten (ArchitektInnen, StadtplanerInnen, LandschaftsarchitektInnen), nach einem bedachten Umgang mit Fördermitteln und nach einer Vereinheitlichung der Bauordnung in den Ländern.

Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise steht Thüringen vor zwei weiteren wichtigen Herausforderungen. Erstens werden die Zuwendungen aus Solidarpaktmitteln seit diesem Jahr schrittweise zurückgefahren. Hierdurch entsteht eine große Deckungslücke im Landeshaushalt, die ausgeglichen werden muss. Zweitens wird Thüringen von einem gravierenden Fachkräftemangel bedroht. Dieser wird sich ab 2012 besonders stark bemerkbar machen und ist schon heute zu spüren. Unsere Antwort auf diese Krisen ist ein Grüner New Deal, mit dem wir den ersten Schritt hin zu einer grünen Marktwirtschaft für Thüringen machen. Dabei zielt grüne Marktwirtschaft darauf ab, eine hohe Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen und dabei Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns zu stellen. Sie verbindet Klima- und Umweltschutz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir wollen ein sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften, anstatt grenzenloser Erschöpfung natürlicher und menschlicher Ressourcen. Grüne Marktwirtschaft will Wachstum und Investitionen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten und Investitionen nach dem Motto "Köpfe statt Beton". In Ergänzung zur Exportstärkung der heimischen Wirtschaft will grüne Marktwirtschaft regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig stärken.

Es braucht viele Schritte zu einer Energiewende in Thüringen. Beispiele hierfür sind Initiativen für Nullenergiehäuser, die Abkehr von einer monopolartigen Energieversorgung in Thüringen hin zu Bürgerkraftwerken und kommunalen Stadtwerken und eine Bildungs- und Forschungsinitiative für ein echtes Thüringer „Cluster der Erneuerbaren Energien“.

Ohne eine Kreis- und Gebietsreform werden die Leistungen für die BürgerInnen in den Kommunen künftig nicht mit der nötigen Qualität erbracht werden können. Dabei geht es nicht um Einsparungen im Landeshaushalt, sondern um die Verbesserung

der allgemeinen Daseinsfürsorge. Eine Länderfusion werden wir ernsthaft prüfen und in der nächsten Legislaturperiode eine stärkere Zusammenarbeit mit Sachsen und Sachsen-Anhalt anstreben. In Zeiten des europäischen Zusammenwachsens müssen Regionen eine durchsetzungsfähige Größe haben.

#### **5. Wir fordern...**

- **neben dem Schutz von Mensch und Tier, eine Verankerung des Schutzes einer gesunden Umwelt und des Anspruchs auf eine qualifiziert gestaltete Umwelt in der Verfassung des Freistaates Thüringen.**
- **eine institutionelle Förderung der von der Architektenkammer Thüringen gegründeten Stiftung Baukultur, um die Bedeutung der Baukultur im öffentlichen Bewusstsein stärker zu verankern.**
- **die Initiierung einer Thüringer Bauausstellung, um an Modellvorhaben die Lösung von Zukunftsaufgaben vorzustellen und innovative Konzepte über die Landesgrenzen Thüringens hinaus zu kommunizieren.**

#### **Unsere Fragen an Sie...**

**Wie wird Ihre Partei die Baukultur wahren und fördern?**

**Wie wird Ihre Partei den Anspruch auf eine qualifiziert gestaltete Umwelt sicherstellen?**

**Wie stellt sich Ihre Partei zu dem Vorschlag einer institutionellen Förderung der Stiftung Baukultur durch den Freistaat sowie der Initiierung einer Thüringer Bauausstellung als Instrument der Stadt- und Landesentwicklung?**

**5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen mehr Wettbewerbe und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem soll eine stärkere Verankerung von Baukultur bei SchülerInnen und Kindern stattfinden, zum Beispiel durch Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Architektenkammern.

Wir wollen weiterhin eine qualitativ hochwertige Stadtplanung fördern. Wir wollen hochwertige von StadtplanerInnen und ArchitektInnen gestaltete B-Pläne. Wir wollen die bisherige Praxis bei der Planung von Einfamilienhausgebieten mit geringen städtebaulichen Qualitäten, die hauptsächlich von Bauträgern bestimmt werden, verändern. Dafür bedarf es einer stärkeren Entwicklung von Gebieten durch die öffentliche Hand und einer stärkeren Einbindung von Planungsbüros mit ausgebildeten ArchitektInnen und StadtplanerInnen. Die Entwicklung von ganzen B-Plangebieten durch Bauträger lehnen wir ab.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen das Instrument von Gestaltungsbeiräten, wie z.B. in Weimar, als verbindliches Planungsinstrument in ganz Thüringen auch für städtebauliche Planungen unter Einbeziehung der Architektenkammern ausweiten.

Wir wollen die LEG als Landesgesellschaft zu einem innovativen Unternehmen bezüglich stadträumlicher und architektonischer Qualitäten und innovativer Energiestandards (Passiv-, Nullenergiehäuser, Entwicklung von Gebieten, die sich ausschließlich mit Erneuerbaren Energien versorgen) umgestalten.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstützen die Forderung nach der Initiierung einer Thüringer Bauausstellung, um an Modellvorhaben die Lösung von Zukunftsaufgaben

vorzustellen und innovative Konzepte über die Landesgrenzen Thüringens hinaus zu kommunizieren.

## **6. Wir fordern...**

- eine Reduzierung des Flächenverbrauchs und eine Mobilisierung innerstädtischer Brachen.
- die Konzentration der Wohneigentumsförderung auf innerstädtische Bereiche und die Sanierung von innerstädtischem Wohnungsbestand.
- eine Abkehr von der Kirchturmpolitik und stattdessen regional abgestimmte Strategien, die auf tragfähige Stadt-Umland-Beziehungen setzen.
- die Weiterentwicklung und Sicherung ländlicher Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume sowie als Natur-, Kultur- und Erholungsräume.
- eine eigene Positionierung zu den Themen des Naturschutzes, der Naturentwicklung, der Großflächenlandschaft und der Entwicklung von Energielandschaften.

### **Unsere Fragen an Sie:**

**Wie wird Ihre Partei die Revitalisierung und Familienfreundlichkeit der Innenstädte fördern und sichern?**

**Wie wird Ihre Partei die Entwicklung des Ländlichen Raumes stärken?**

**Wie wird Ihre Partei Programme und Förderungen zusammenfassen, um das Nebeneinander der Förderung und der Zuständigkeiten in den Ministerien zu minimieren?**

**Mit welchen Programmen wird Ihre Partei speziell auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Energiewandels reagieren?**

**6.** Nachfolgend ein paar Auszüge aus unserem Wahlprogramm. Nachzulesen unter [www.sommergruen.de](http://www.sommergruen.de). Weiterhin setzen wir uns für grundsätzlich barrierefreies Bauen ein. Barrierefreiheit muss von Anfang an bei der Bauplanung Berücksichtigung finden.

### **Lebensraum Stadt**

Thüringens Städte bestehen aus einer Vielzahl wunderbarer historischer Stadtkerne und prägender Quartiere aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und oftmals gartenstadtähnlicher Erweiterungen. Gerade kleinere Städte haben nun erhebliche Schwierigkeiten, ihre historischen Stadtzentren zu erhalten, hauptsächlich weil in den 90iger Jahren wichtige urbane Funktionen wie Einkaufszentren oder Wohngebiete an den Stadtrand gebaut wurden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs das Potenzial der Innestädte und der bestehende ländlichen Ortskerne wieder besser genutzt wird. Die Stadtzentren wollen wir wieder als urbane Orte mit kurzen Wegen, einer Mischnutzung gewachsener Innenstadt von Wohnen, Handel, Arbeiten und Kultur erlebbar machen. Wir wollen einen Stadtbau in Thüringen durch das Land fördern, der den Namen auch verdient und nicht nur größtenteils den Abriss bezahlt.

### **Flächensparendes Bauen**

Die Infrastruktur unserer Städte wird bedingt durch den Bevölkerungsrückgang zunehmend von immer weniger Einwohnern finanziert. Umso mehr müssen wir die be-

stehende Struktur besser nutzen und mit der Schaffung von neuen Strassen, Kanalisationen und Energieversorgungen außerhalb bestehender Stadtkerne und Gemeinden ressourcensparend umgehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, zunächst Brachen und Baulücken in den Städten zu nutzen, bevor an der Peripherie neue Flächen versiegelt werden. Dieser Grundsatz muss im Planungs- und Baurecht fest verankert werden.

### **Ansiedlungspolitik verändern**

Gerade bei Industrie- und Gewerbesiedlungen müssen die stadtnahen bestehenden Flächen und Brachen besser genutzt werden. Wir wollen eine Umorientierung der Ansiedlungspolitik. Die verfehlte Politik der Landesregierung, die auf Zersiedelung, Mischungstrennung und autogerechter Stadt aufbaut, wollen wir ändern in eine Raum- und Städteplanung des 21. Jahrhunderts in Thüringen. Auch wenn es aufwendiger ist, wollen wir bestehende zentrumsnahe Gewerbeflächen besser nutzen und diese zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr ganzjährig erreichbar machen. Das Erschließen von neuen Gewerbeflächen ohne einen mindestens stündlichen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab.

### **Genial Zentral – aber richtig**

Die Innenstädte, insbesondere die der Thüringer Mittelstädte, bieten zentral gelegene nutzbare Flächen für Wohnen in der Stadt. Über 80 Prozent der betroffenen Familien würden in den Städten bleiben, wenn sie ein entsprechendes Angebot an Baugrundstücken bekommen könnten. Gerade junge Familien müssen durch günstige Grundstückspreise, modernes Bauen und attraktive öffentliche Räume wieder in die Stadt zurück geholt werden. Das Programm „Genial Zentral“ wollen wir massiv ausbauen und nicht nur Wettbewerbe ausloben, sondern auch durch Förderungsmöglichkeiten die Städte im Stadtumbau unterstützen.

### **Neue Wohnmodelle für die Städte**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen landesweit Pilotprojekte für innovative, werthaltige, nachhaltige und ökologische Wohnmodelle fördern. Das Mehrgenerationenwohnen, sogenannte Stadthäuser, die Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten, autofreie Wohnsiedlungen in Bahnhofsnähe, ressourcenschonende Nullenergiesiedlungen und moderne zentrale Gartenstädte sollen dabei Wohnmodelle sein, die als Alternative zu Einfamiliensiedlungen am meist nur durchs Auto erreichbaren Stadtrand gefördert werden. Besonders der Ausbau altersgerechter Wohnformen und die Förderung von Wohnraum für Familien bietet den Klein- und Mittelstädten Thüringens neues Potenzial, das es zu entwickeln gilt.

### **100% Erneuerbare Energien für Thüringen**

Spätestens 2050 wollen wir in Thüringen genauso viel Energie aus Erneuerbaren Energien erzeugen, wie in Thüringen an Gesamtenergie verbraucht wird. Mittelfristig ist durch Energieeinsparung, Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Bioenergie mit den bereits heute verfügbaren Technologien eine solche Energiewende möglich. Sie ist auch aufgrund des Klimawandels und der rapide sinkenden Verfügbarkeit von fossilen Energien zwingend notwendig.

### **Öffentliche Gebäude werden Energiesparmeister und versorgen sich mit Erneuerbaren Energien**

Öffentliche Gebäude haben für die Bürger Beispielfunktion. Deshalb wollen wir bei



Neubau oder Sanierung öffentlicher Gebäude nicht nur Mindeststandards einhalten sondern innovatives, energiesparendes Bauen fördern. Ab 2010 muss für alle neuen öffentlichen Gebäude in Thüringen der Passivhausstandard und bei der Sanierung Niedrigenergiestandard gelten. Der dann um 2/3 reduzierte Energieverbrauch für Wärme oder Kühlung soll ebenso wie der Strombedarf am besten durch Erneuerbare Energien bzw. Ökostrom aus der Region gedeckt werden.

### **Schulsanierungsprogramm für 100 Energieschulen**

Den Schulen als Bildungseinrichtungen kommt eine Schlüsselrolle bei innovativen Technologien zu. Wir wollen einen Wettbewerb der Gemeinden und Kreise für Energieschulen, die fast keine Energie mehr verbrauchen. Dabei werden die Mehrkosten für die besseren Standards zur Hälfte durch den Freistaat übernommen.

Die Besonderheiten einer solchen Energieschule soll im Unterricht thematisiert werden und macht so die nächste Generation fit im Umgang mit Erneuerbaren Energien. Außerdem können die Eltern und die Bürger an den Gewinnen z.B. einer Bürgersolaranlage beteiligt werden.

### **Thüringer Wärmegesetz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ähnlich wie in Baden-Württemberg ein Thüringer Wärmegesetz einführen. Unser Ziel ist es, die bundesgesetzlichen Vorgaben für Energiestandards um mindestens 30 Prozent zu verbessern. Dabei wird der verbindliche Anteil von Erneuerbaren Energien auch für Sanierungsmassnahmen festgelegt. Die Mehrkosten von etwa 5 Prozent amortisieren sich durch die Einsparung von fossilen Energien. Zusätzlich sollen den Bauwilligen eine geförderte Energieberatung und zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

### **Markteinführungsprogramm für Plus- und Nullenergiehäuser**

Nullenergiehäuser erzeugen genauso viel Energie aus Erneuerbaren Energien wie sie selbst verbrauchen. Der Betrieb dieser Häuser ist somit CO<sub>2</sub>-neutral. Plusenergiehäuser erzeugen sogar mehr Energie aus Erneuerbaren Energien als sie verbrauchen. Die Bauweise sollte aus nachhaltigen und ökologischen Materialien bestehen. Für diese besonders innovativen Häuser wird eine Innovationsförderung an die Bauherren gezahlt, wenn bei Vorbildprojekten zeitweise Besichtigungen ermöglicht werden. Unser Ziel ist es, in ganz Thüringen verteilt jährlich 100 solcher innovativer Gebäude zu fördern.

### **100 Bioenergiekommunen**

Die nachhaltige Energieversorgung aus regionalen Rohstoffen bietet den ländlichen Raum in Thüringen neue Entwicklungspotenziale und zusätzliche Arbeitsplätze. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen starke, lebenswerte Kommunen, wir wollen in ganz Thüringen gemeinsam mit den Landkreisen Regionen entwickeln, die sich in den nächsten 5 Jahren komplett aus Erneuerbaren Energien mit dem Schwerpunkt Biomasse versorgen können. Beispiele wie das Energiedorf Jühnde zeigen, dass mit nur 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche dieses Ziel in den ländlichen Regionen erreichbar ist. Die besten 100 Konzepte, die auch andere erneuerbare Energien einbeziehen und auf Energieeinsparung setzen, sollen durch einen Bioenergiefonds gefördert werden.

### **Zugang zu Erneuerbaren Energien für alle durch den Thüringer Erneuerbare-Energien-Kredit**

Wir wollen die Möglichkeit zur Nutzung erneuerbarer Energien für breitere Bevölkerungsschichten ermöglichen. Für die Sanierung zu Niedrigenergiehäusern und den Neubau von Passivhäusern, Nullenergie- und Plusenergiehäusern sowie die Umstellung auf erneuerbare Energien sollen den Bürgern in Zusammenarbeit mit der Thüringer

Aufbaubank und der KfW Bank bessere Kreditkonditionen und Zuschüsse angeboten werden. Außerdem wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Contracting-Modelle, bei denen sich Investoren und Hauseigentümer die Einnahmen aus Energieeinsparung teilen, sowohl im öffentlichen Bereich als auch für Private ausbauen. Hierbei soll die Aufbaubank Ausfallbürgschaften übernehmen.

### **Bildungs- und Forschungscluster für innovatives energiesparendes Bauen und Erneuerbare Energien**

Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollen neue Energietechniken stärker zum Thema werden. Berufsschulen und berufsbildende Einrichtungen sollen die neuen Berufe und Weiterbildungen im Energiebereich stärker anbieten. An den Fachhochschulen und Universitäten sind entsprechende Studienrichtungen im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeinsparung auszubauen bzw. einzurichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine bessere Vernetzung und bessere Finanzierung von Forschungsprojekten in diesem Bereich. Für eine bessere Beratung von Bürgern und Unternehmen muss eine Thüringer Energieagentur gegründet werden. Erfahrungen aus Sachsen zeigen, dass durch die kostengünstige Beratung zu Fördermitteln, mit Personalschulung und Aufklärungskampagnen die Bereitschaft steigt, in Energieeinsparung und Erneuerbare Energien zu investieren.

### **Umbau regionaler Wirtschaftsförderung**

Erneuerbare Energien bieten bei der Produktion und im Vertrieb, besonders aber bei der arbeitsintensiven Installation und Wartung für die wirtschaftliche Entwicklung des Thüringer Mittelstandes ein sehr großes Potenzial. Wir wollen durch den Produktionsausbau und die stärkere Nutzung in Thüringen bis 2015 über 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch den Unternehmen bessere Chancen geben, die Erneuerbaren Energien selbst einzusetzen. Neben günstigen Krediten, Beratung und Zuschüssen wollen wir die Vergabe von Fördermitteln an deren Einsatz koppeln. Zur besseren Vernetzung von Unternehmen, Banken und Verwaltungen ist ein jährliches Wirtschaftsforum notwendig. Initiativen wie der Solarinput e.V. oder das Projekt Bauhaussolar wollen wir massiv ausbauen. Außerdem soll sich die Landesentwicklungsgesellschaft stärker auf die Zusammenarbeit von Industrie und Bildungseinrichtungen sowie das Flächenmanagement für erneuerbare Energien ausrichten. Das Programm Ökoprofit soll auf alle Regionen in Thüringen ausgeweitet werden. Für innovative Startup-Unternehmen wollen wir besonders günstige Konditionen anbieten lassen, um die Zukunftstechnologien im Land zu halten.